

**Beschlussprotokoll der 250. Sitzung des Akademischen Senates  
der Humboldt-Universität zu Berlin  
vom 07.07.2009  
(Fortsetzung der Sitzung vom 23.06.2009)**

**Teilnehmerinnen/Teilnehmer:**

Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer:

Prof. Böhme, Prof. Breytenbach, Prof. Brüning, Prof. Coy, Prof. Griewank, Prof. Helmraath, Prof. Kämper-van den Boogaart, Prof. Kirschke, Prof. Schwalbach

Akademische MA:

PD Dahme, PD Franke, Frau Dr. Lindemann-von-Trzebiatowski

Sonstige MA:

Herr Fiedler, Herr Kolb, Herr Polinske, Herr Vollmer

Studierende:

Herr Aust, Frau Gruß, Herr Roßmann

**Teilnehmerinnen/Teilnehmer mit Rede und Antragsrecht:**

Präsident: Prof. Marksches

Vizepräsident: Prof. Linscheid

Vizepräsident: Prof. Nagel

Personalrat (GPR): Herr Bowskill

Frauenbeauftragte: Frau Dr. Kriszio

Vorsitzende der Kommissionen:

Frau Dr. Huberty

Weitere Teilnehmerinnen/Teilnehmer:

Frau Dr. Schlichtholz (PB 1)

**Dauer der Sitzung:** 11.20 – 12.50 Uhr

**Es liegen folgende Tischvorlagen bzw. Informationsmaterialien vor:**

Schreiben des Personalrats des Hochschulbereichs an den AS betreffs  
Strukturplanung/Exzellenzfolgen

**Die Tagesordnung wird in folgender Form genehmigt:**

1. Aktuelle Halbe Stunde/Anfragen
2. Forderungen der studentischen Protestwoche und der daraus resultierende konkrete Handlungsbedarf für die Humboldt-Universität sowie Maßnahmen zu dessen Umsetzung (Vorlagen-Nr.: AS 127/2009)

3. Änderung der Geschäftsordnung Akademischer Senat (GOAS)  
(Vorlagen-Nr.: 100/2009)

**TOP 1:  
Aktuelle Halbe Stunde/Anfragen**

Prof. Nagel informiert, dass die HU mit ihrem Konzept Humboldt-ProMINT-Kolleg eine von bundesweit vier Universitäten (TU München, TU Dortmund und FU) ist, die sich im Wettbewerb der Deutschen Telekom Stiftung durchsetzen konnten. Das Humboldt-ProMINT-Kolleg wird mit 750 000 Euro gefördert. Ziel ist es, Hochschulen Anreize zu geben, sich intensiver in der Ausbildung von MINT-Lehrern zu engagieren.

Er gratuliert den Kolleginnen und Kollegen in Adlershof zu diesem Erfolg.

Prof. Marksches berichtet zu folgenden Punkten:

1. Am 08.07.2009 eröffnet im Alten Museum die Ausstellung: „Anders zur Welt kommen: Das Humboldt-Forum im Schloss“. Dort stellen die drei Partner, die das Humboldt-Forum betreiben werden, die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die Staatlichen Museen Berlin, die Zentral- und Landesbibliothek sowie die HU in Form eines Werkstattberichtes vor, was man im Humboldt-Forum im wieder aufgebauten Berliner Schloss ab 2013 sehen wird. Er dankt Prof. Bredekamp und Prof. Brüning für die Vorbereitung der Ausstellung.
2. Am 06.07.2009 wurde das Kollegium Jüdische Studien eröffnet, eine Initiative von Christina von Braun und Julius Schoeps, ein Netzwerk, in dem alle an der HU an der Geschichte des Judentums in Berlin und Brandenburg im 19., 20. und 21. Jahrhundert Interessierten sich miteinander verbunden haben. Dies soll nicht nur ein Forschungsnetzwerk sein, sondern auch Lehr- und Ausbildungsangebote beinhalten; ab dem Wintersemester soll mit einer strukturierten Doktorandenausbildung begonnen werden.
3. Am 1. Juli 2009 hat die Jahresmitgliederversammlung der DFG stattgefunden. Dabei ist festgelegt worden, dass die nächste Jahresversammlung am 07.07.2010 an der HU stattfinden werde. Herr Kleiner wurde als Präsident der DFG wiedergewählt. Die DFG hat den „Instrumentenkasten zu den forschungsorientierten Gleichstellungsstandards“ gestartet. Mit diesem einzigartigen Online-Informationssystem will die DFG die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Forschung fördern. Weitere Informationen unter ([www.dfg.de/instrumentenkasten](http://www.dfg.de/instrumentenkasten)).
4. Die Universitäten haben noch keinen Hochschulvertrag und sind davon noch insofern entfernt, als es noch keine Verteilung der vom Senat zugesagten Summen auf die einzelnen Hochschulen gibt, sondern nur die Gesamtsumme für alle Hochschulen in Berlin. Die Verhandlungen über die Hochschulverträge werden jetzt beschleunigt wieder aufgenommen. Es ist gelungen, im Unterschied zum Ergebnis der Senatsklausur, die Finanzierungssumme im Jahr 2010, die mit 35 Millionen Euro weit unter dem lag, was die HU brauche und gefordert habe, auf die Summe von 53 Millionen Euro hochzutreiben. Damit sei klar, an dieser Universität muss keine Kürzungsdiskussion geführt werden, wenn es uns gelingt, in der Verteilung der Summe auf die einzelnen Hochschulen in etwa eine den bisherigen Forderungen angemessene prozentuale Verteilung zu erreichen. Die Berliner Universitäten und Hochschulen würden 2010: 53 Mio., 2011: 69 Mio., 2012:103 Mio. und 2013:

107 Mio. Euro bekommen. Das sei insgesamt zunächst einmal ein großer Erfolg, weil das eine Kürzungsdiskussion erspart. Dass er der HU nicht erlaubt, wieder aufzubauen, was in den vergangenen Jahren heruntergekürzt wurde, ist allerdings schmerzlich. Die Differenz zwischen dem, was die Senatsklausur beschlossen hat (35 Mio.) und dem, was nun verkündigt worden ist (53 Mio.) wird in zweifacher Hinsicht aufgebracht, einerseits durch Umschichtung aus dem Masterplan und zum anderen durch einen 12 Mio. Kredit des Finanzsenators aus Mitteln aus dem Hochschulpakt II.

5. Die Junge Akademie, eine gemeinsame Einrichtung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, stellt jedes Jahr eine Jahresfrage, die schriftlich oder durch künstlerische Beiträge beantwortet werden kann. Die Jubiläumspreisfrage im Jahre 2010 stellt sie gemeinsam mit der HU und wir werden die Preisträgerin/den Preisträger gemeinsam im Rahmen des Jubiläums küren. Die Preisfrage lautet: „Wer kriegt die Krise?“.

### Anfragen:

1. Prof. Böhme erklärt, es gebe in Mitte keine vorzeigbaren Konferenzräume, was angesichts hunderter von Tagungen nicht zu akzeptieren sei. Er sei davon ausgegangen, dass mit der Eröffnung des Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrums die eklatante Misere behoben werden könnte. Es sollte beim Auszug von Zweigbibliotheken geprüft werden, inwieweit diese Räume genutzt werden können.

Prof. Marksches antwortet, dies sei auch ihm ein sehr dringendes Anliegen. Direkt neben der Juristischen Fakultät ist von einer privaten Investorengruppe ein Kongresszentrum errichtet worden. Dazu sei noch ein Anbau geplant, der jedoch von der Juristischen Fakultät abgelehnt wurde. Dieser Anbau könnte gemeinsam mit der HU errichtet werden und dort könnten Tagungs- und Kongressräume eingerichtet werden. Dies wurde von der Juristischen Fakultät abgelehnt, da dadurch ihr Hof überbaut worden wäre. Prof. Böhme schlägt vor, dass das Präsidium diese Problematik zusammen mit der Technischen Abteilung und den Dekanen nochmals aufnimmt. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, zu einer großen Lösung zu kommen.

2. Frau Gruß bittet um nähere Erläuterungen zu den Hochschulverträgen, sie gehe davon aus, dass noch nicht alle Kosten gedeckt seien und sie bittet um Erläuterung hinsichtlich des Auslaufens des Anwendungstarifvertrags, wie das angesichts der damit entstehenden Kosten kompensiert werden soll. Des Weiteren sei noch die Frage offen, wie die Strukturplanung aussehen werde und sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Anfragen des Personalrats.

Prof. Marksches antwortet, was die Universität durch das Auslaufen des Anwendungstarifvertrags an Kosten zu tragen habe, wurde bereits durch Dr. Kreßler in einer Präsentation im Mai letzten Jahres verdeutlicht. Man könne jetzt noch nicht abschließend sagen, wie viel die Humboldt-Universität genau bekommen werde, da die genannten Summen die Pauschalbeträge für alle Berliner Universitäten und Hochschulen seien. Alle an den bisherigen Verhandlungen Beteiligten der HU seien der Auffassung, dass die Mindestforderungen, die die HU gestellt hat, erfüllt worden seien. Es werde keine Kürzungen geben, aber deutliche Veränderungen im Fachprofil, da

häufiger schon Stellen im Rahmen des Exzellenzwettbewerbes beschlossen wurden. Man werde im Laufe des Wintersemesters Vorschläge dafür machen.

3. Frau Dr. Kriszio verweist auf die Aussage von Herrn Zöllner, dass die vorgetragene Summe die Hochschulen erhalten, wenn sie so viel leisten wie bisher, wenn sie mehr leisten, z. B. mehr Frauen berufen oder die Zahl der Studienplätze erhöhen, können sie auch mehr bekommen. Sie fragt, ob die HU dieses Angebot wahrnehmen möchte.  
Prof. Marksches antwortet, die HU würde auch weiterhin daran festhalten, dass sie den Frauenanteil erhöhen und alles, was zur Qualitätssteigerung durchgeführt wird, auch durchführen werde. Prof. Nagel ergänzt, es gibt keine Pläne, aber man werde sich dazu in der LSK und dem AS verständigen, sobald die genauen Zahlen vorliegen. Es werde keine Vorschläge aus seinem Ressort geben, die qualitätsmindernd sind.
4. Frau Gruß fragt bezüglich der vierten Etage im Hegel-Gebäude, die während des Bildungsstreiks besetzt worden ist, um sie als „Freiraum für kritische Bildungsinhalte“ zu nutzen, wie das mit dem Verbleib der Gruppe aussehe, ob ihnen die Möglichkeit gegeben wird, selbstverwaltet weiter zu agieren und ob Räumlichkeiten dafür bereits gefunden sind.  
Prof. Marksches verweist auf die Aktivitäten dieser Gruppe und erklärt, dass angesichts der dramatischen Raumsituation keine Möglichkeit gesehen werde, dieser Gruppe eigens Räume zur Verfügung zu stellen und verweist auf das normale Antragsverfahren zur Beantragung von Räumen. Herr Aust verweist auf die prekäre Situation hinsichtlich der Räume für studentische Aktivitäten. Es sollte ein Raum sein, wo Studierenden die Möglichkeit gegeben wird, sich selbst ihr Programm zu erstellen, dies könne nicht über die normale Raumvergabe erfolgen. Prof. Marksches erklärt, er habe zahlreiche Protest-Mails insbesondere aus den Philologien und der Romanistik bekommen, wann endlich die Räume freigegeben werden. Es gibt an einer Universität Prioritäten und diese bestehen darin, dass erst einmal der ordnungsgemäße Lehr- und Studienbetrieb gewährleistet wird. Es liege ihm fern, Initiativen der Studierenden über Gebühr zu behindern, nur das Romanistik-Hauptseminar habe Vorrang.

## **TOP 2:**

### **Forderungen der studentischen Protestwoche und der daraus resultierende konkrete Handlungsbedarf für die Humboldt-Universität sowie Maßnahmen zu dessen Umsetzung (Vorlagen-Nr.: AS 127/2009)**

Frau Dr. Huberty erläutert die Vorlage und schlägt zwei Ergänzungen vor:  
Punkt 4 Ergänzung eines letzten Satzes: In diesem Zusammenhang sind auch die Leistungen der Akkreditierungsagenturen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Im letzten Satz des Beschlusses ist das Wort „vordergründig“ zu ersetzen durch „in der Hauptsache“.

Die Mitglieder des AS merken in der sich anschließenden Diskussion an:

- Die LSK sollte Modelle und Instrumente entwickeln, mit deren Hilfe diese Forderungen umgesetzt werden können.
- Einige vorgeschlagene Punkte sind nicht bei allen an der Ausarbeitung Beteiligten auf Wohlwollen gestoßen, so beispielsweise Punkt 3 letzter

Satz, entsprechende Anreize sind z.B. bei der W-Besoldung vorzusehen.

- Offen ist die Frage, wie findet eine Kommunikation innerhalb der Universität statt und wie gewährleistet werden kann, dass wirklich bis in die einzelnen Fakultäten und Institute diese Informationen weitergeleitet werden und wie kann dies im Land Berlin und darüber hinaus gewährleistet werden.
- Die Forderungen sollten mit mehr Leben ausgefüllt werden, da sonst der Eindruck entstehen könnte, dass es keine Garantie der Studienfreiheit gebe und nur durchweg schlechte Betreuung.
- Es wird darauf verwiesen, dass dies ein Kompromisspapier sei, was von Vertretern der Statusgruppen erarbeitet wurde, was zwar nicht konkret alle studentischen Forderungen widerspiegeln, aber ein Papier sei, was in die richtige Richtung gehe und Impulse setze.

Prof. Nagel erklärt, diese Vorlage sei eine Standpunktdefinition des AS, in dem einzelne Forderungen aus dem Studierendenstreik aufgenommen und bekräftigt wurden, nicht alle, sondern diejenigen, die konsensfähig waren. Zur Umsetzung der Vorlage bedürfe es praktischer Regelungen und gegebenenfalls kontroverser Diskussionen und im Endeffekt Entscheidungen. Man könne aus der LSK über Fortschritte, die zu diesen Fragen erreicht wurden, regelmäßig berichten.

Frau Gruß gibt zu Protokoll:

Dieser Beschluss darf natürlich nicht dazu führen, dass die Anträge, über die in der Sitzung am 23.06.2009 positiv entschieden wurde, jetzt in Vergessenheit geraten, sondern, dass vielmehr dieser Antrag auch dazu führen muss, dass man Umsetzungsmöglichkeiten dafür findet und dass das auch in der Universität gewährleistet wird.

### **Der Akademische Senat fasst bei einer Enthaltung mit den vorgeschlagenen Ergänzungen den Beschluss AS 127/2009:**

Der Akademische Senat setzt sich für eine umgehende Verbesserung der Studiensituation an der Humboldt-Universität ein und erhofft sich davon eine bundesweite Signalwirkung.

Dabei stehen folgende Punkte im Vordergrund:

1. Absicherung der Studienplatzfinanzierung in allen Fächern.
2. Garantie der Studienfreiheit  
Auch in Bachelorstudiengängen müssen die Studierenden Freiräume zur Wahl von Lehrveranstaltungen in und außerhalb ihres engeren Fachgebietes behalten. Insbesondere muss die Durchführung eines Auslandssemesters unter Anerkennung von Studienpunkten und ohne Verlust von Stipendienansprüchen real möglich sein.
3. Bessere Betreuung  
Einer fortlaufenden Verschlechterung der individuellen Studienbetreuung durch weiteren Abbau von Mitarbeiter- und Verwaltungsstellen muss entgegengewirkt werden. Im Sinne der Einheit von Forschung und Lehre wird von den Hochschullehrern erwartet, forschungsorientierte Aktivitäten z.B. Im Rahmender Exzellenzinitiative nicht zu Lasten der Lehre und des individuellen Dialoges mit Studierenden gehen zu lassen. Entsprechende Anreize sind zum Beispiel bei der W-Besoldung vorzusehen.

4. Veränderung der Studienmodalitäten

Tatsächliche Ausschöpfung der Bologna-Vorgaben durch innovative Modelle und Einführung von Standards eines umfassenden Hochschulraumes. Das bedeutet eine Überarbeitung der Konzepte und Studien- und Prüfungsordnungen vor allem der Bachelorstudiengänge unter Berücksichtigung einer angemessenen Arbeitsbelastung, eines Wahlmoduls sowie flexiblerer Strukturen, um eine bessere Studierbarkeit und internationale Mobilität zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang sind auch die Leistungen der Akkreditierungsagenturen einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

5. Ein den Bedarf deckendes Angebot von Masterplätzen

Durch eine fortlaufende Ermittlung des Bedarfes an Masterstudienplätzen und eine entsprechende Anpassung der Kapazitäten ist sicher zu stellen, dass jeder erfolgreiche Absolvent eines Bachelorstudienganges der HU auf Wunsch sein Studium in einem geeigneten Masterstudiengang fortsetzen kann. Für die fortgesetzte Reform der Studienpläne und die entsprechende Beratung der Studierenden sind Verbleibestudien zu erstellen.

6. Realisierung der Freizügigkeit im eigenen Land, europa- und weltweit

Mit der Umsetzung werden die Hochschulleitung (Punkt1) und die LSK (Punkte 2-6) beauftragt.

Dabei liegt die Aufgabe der LSK in der Hauptsache darin, gemäß den Punkten 2-6 ein Memorandum zu entwickeln, welches sich an die Fakultäten der HU, an andere Hochschulen, an die Öffentlichkeit, an die Landesregierungen und europäische Institutionen richtet.

Frau Huberty möchte die Anmerkungen aus der Diskussion aufnehmen und man werde in der LSK versuchen, nicht bei diesen Allgemeinplätzen zu bleiben, sondern ein Instrumentarium zu entwickeln, Definitionen zu suchen z. B. für Studienfreiheit. Sie weist eindringlich darauf hin, dass gerade aus der Statusgruppe der Professorinnen /Professoren noch Mitglieder in der LSK fehlen. Sie appelliert, an die professorale Statusgruppe gerichtet, die Plätze (ein Mitglied und Stellvertreterinnen/Stellvertreter) der LSK aufzufüllen, um ggf. auch ein Rotationsprinzip wahrnehmen zu können.

**TOP 3:**

**Änderung der Geschäftsordnung Akademischer Senat (GOAS)  
(Vorlagen-Nr.: 100/2009)**

Prof. Nagel erläutert die Vorlage.

Frau Gruß erklärt, sie halte es nicht für besonders klug, angesichts des gegenwärtigen Standes der Strukturplanung, diese Änderung jetzt vorzunehmen, denn auch die Sonder- und Stiftungsprofessuren haben Auswirkungen auf die Strukturplanung. Sie finde das Argument, dass man damit kurzfristig reagieren könne, als weit hergeholt, weil die meisten dieser Berufungen ad personam funktionieren und es sei oft schon vorab klar, um wenn es sich dabei handele. Die Legitimation des Ferienausschusses sei bei solchen weitreichenden Entscheidungen

nicht gegeben. Prof. Kämper-van den Boogaart spricht sich entschieden für den Änderungsantrag aus, da die HU es sich im Wettbewerb einfach nicht mehr leisten kann, drei bis möglicherweise vier Monate verstreichen zu lassen, ohne eine Entscheidung zu treffen.

Frau Dr. Kriszio spricht sich ebenfalls dafür aus und sie verweist darauf, dass hier bezüglich der EPK eine Sicherung vorhanden sei. Sie schlägt vor, in diese Ausnahmeregelung auch Juniorprofessuren aus dem Kontingent der KFF, die einer Fakultät befristet zugewiesen werden, in die Änderung aufzunehmen.

Herr Kolb stimmt dem Antrag zu, aber möchte darauf hinweisen, dass dies eine qualifizierte Sitzung der EPK in den Ferienzeiten voraussetzt. Er appelliert an alle Statusgruppen auch in der vorlesungsfreien Zeit die EPK zu besetzen, damit diese der Kontrollaufgabe nachkommen kann.

**Der Akademische Senat beschließt mit 15 : 0 : 3 auf die 2. Lesung zu verzichten.**

**Der Akademische Senat fasst mit 15 : 0 : 3 und der vorgeschlagenen Ergänzung den Beschluss AS 100/2009:**

**Der Akademische Senat beschließt folgende Änderungen in der Geschäftsordnung:**

#### **§ 6 Ferienausschuss**

**(3) Dem Ferienausschuss dürfen folgende Angelegenheiten nicht zur Beschlussfassung vorgelegt werden:**

#### **§ 5 Abs. 1**

**lit b .....Nr. 7, 2. HS (davon ausgenommen sind Sonder- und Stiftungsprofessuren sowie Juniorprofessuren aus dem Kontingent der KFF, die einer Fakultät befristet zugewiesen werden, vorausgesetzt, dass in der EPK Einvernehmen mit der Fakultät besteht), ...der VerfHU**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Vorsitzender

Protokoll